

FORUM

Nr. 3 | 2009

Die Mitgliederzeitschrift
des Paritätischen NRW



Tageseinrichtungen für Kinder

**Kinderbildungsgesetz KiBiz wird
eigenem Anspruch nicht gerecht**

Editorial	3
Positionen	
KiBiz wird eigenen Ansprüchen nicht gerecht	
Die Praxis zeigt: Zeitnahe Änderungen am Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sind nötig	4-5
Aktuell	
In-Gang-Setzer: Stützen für neue Selbsthilfegruppen	
Aus Dänemark kam der Impuls, der Paritätische NRW entwickelte daraus ein bundesweites Projekt	6
Positionen	
Neue Perspektiven mit JobPerspektive?!	
Bereits über 700 neue Stellen in unterschiedlichen Arbeitsbereichen der sozialen Arbeit konnten Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Nordrhein-Westfalen besetzen.	7
Praxisbeispiel	
Vom Abstellgleis ins Arbeitsleben	
Mithilfe des Programms JobPerspektive konnte die GfS sieben neue Arbeitsplätze schaffen	8-9
Positionen	
Das neue Wohn- und Teilhabegesetz	
Lernfeld zwischen Kontrolle und Kooperation	10
Aus dem Verband	
Kinderregelsätze: Erhöhung um bis zu 36 Prozent gefordert	
„Ein neues Kapitel der Armutsberichterstattung“	
Regionalkonferenz „Das Persönliche Budget bewegt?!“	11
Denkanstöße V: Ganztags unterwegs ...	
PariFit gestartet: Gesund bleiben im Paritätischen!	
Bildungsnetz Parität sichert Pluralität der Anbieter	12
Interview	
„Die Prüfenden profitieren ebenso wie die Geprüften“	
Paritätische Audits wurden von der Qualitätsgemeinschaft in Eigenregie entwickelt	13
Kurz berichtet	14
Lauter Leute/Neu im Paritätischen	15



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Europa-, Kommunal- und Bundestagswahl liegen hinter uns, das „Superwahljahr“ neigt sich dem Ende zu – und Deutschland steht vor der größten Zerreißprobe seit Gründung der Bundesrepublik. Das Land ist sozial gespalten wie nie zuvor.

Gerade in diesen schwierigen Krisenzeiten brauchen wir eine Sozialpolitik mit Rückgrat und Augenmaß. Die neue Bundesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob sie sich für die umfassende Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger einsetzt sowie echte Chancengleichheit herstellt. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage besteht aktuell keinerlei Spielraum für Steuererleichterungen. Prioritäten müssen vielmehr im Bereich der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik liegen.

Mehr Bildung, eine bessere Betreuung und frühe Förderung lauten die von der Landesregierung definierten Schwerpunkte des Kinderbildungsgesetzes KiBiz, das vor gut einem Jahr in Kraft getreten ist. Doch die heutige Situation im Arbeitsfeld ist gemessen an den Ansprüchen des Gesetzes in hohem Maße unbefriedigend.

Eine von der Fachhochschule Köln vorgelegte erste Studie zu den Auswirkungen des KiBiz aus der Sicht von Erzieherinnen und Eltern (S. 4-5) gibt deutliche Hinweise auf eine zunehmende Überlastung der pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen. Ein Prozess, der so auch deutlich von den Eltern wahrgenommen wird.

Insbesondere für kleinere Träger – hierzu gehören in der Regel die Elterninitiativen – ist die personelle Ausstattung der Einrichtungen mit deutlich zu gering bemessenen Pauschalen ein erheblicher Kraftakt, der die Arbeit in den Einrichtungen nicht unwesentlich belastet. Nicht nur die bedarfsorientiertere Ausgestaltung der Kindpauschalen muss dringend angepackt werden, insgesamt zeigt die Praxis:

Zeitnahe Änderungen am Kinderbildungsgesetz sind dringend nötig!



Dr. Jörg Steinhausen
Landesgeschäftsführer



Dr. Jörg Steinhausen



Foto: www.fotolia.de

KiBiz wird eigenen Ansprüchen nicht gerecht

Die Praxis zeigt: Zeitnahe Änderungen am Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sind nötig

Ein Bündnis von 19 landesweit tätigen Organisationen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, die innerhalb des Forums Förderung von Kindern zusammenarbeiten, hat eine wissenschaftliche Untersuchung über Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes bei der Fachhochschule Köln in Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse liegen nun vor.

Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ist am 1. August 2008 in Kraft getreten. Die Auswirkungen des neuen Gesetzes in der Praxis hat nun das Sozialpädagogische Institut (SPI) NRW der Fachhochschule Köln wissenschaftlich untersucht. Auftraggeber ist das Forum Förderung von Kindern. Das Bündnis aus 19 landesweit tätigen Organisationen begleitet seit mehr als 12 Jahren die Förderungsbedingungen für Kinder und ihre Familien in Nordrhein-Westfalen, beteiligt ist neben verschiedenen Mitgliedsorganisationen auch der Paritätische Landesverband NRW.

Änderungen durch das Land gefordert

Mit den Ergebnissen der Untersuchung des Sozialpädagogischen Instituts bestätigen sich eine Reihe von bereits während der Gesetzesvorbereitungen vor zwei Jahren befürchteten fachlichen Verschlechterungen für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen. Angesichts der schon damals als notwendig angesehenen Erprobung der komplexen Neuregelung, einer auf unzureichenden Datenbasis erfolgten Bemessung der Pauschalen, unrealistischer Planungsgrundlagen sowie der Verschlechterung der Rahmen-

bedingungen für den Ausbau für unter Dreijährige wird mit den Ergebnissen auch deutlich, dass zeitnahe Änderungen des KiBiz durch das Landesparlament erforderlich sind.

Repräsentative Ergebnisse

Im Rahmen der stichprobenartigen Erhebung in 11% aller Einrichtungen in NRW wurden Leitungen und Mitarbeiter/-innen befragt, nach einer weiteren Selektion auch die Eltern der Einrichtungen. Es beteiligten sich rund 300 Leiter/-innen, 1400 Mitarbeiter/-innen und 700 Eltern. Erhoben wurden Veränderungen der Rahmenbedingungen, des Arbeitszusammenhangs sowie von Eltern wahrgenommene Veränderungen. Der Rücklauf erfolgte aus allen Trägerbereichen in einem repräsentativen Anteil und erreichte auch in einem angemessenen Anteil Eltern mit Migrationshintergrund.

Kein bedarfsgerechtes Angebot

Unter Berücksichtigung der Größenordnung des Untersuchungsfeldes wurde durch die im Januar/Februar 2009 durchgeführte Erhebung und in einer Auswertungstagung deutlich, dass

- das KiBiz nach sieben Monaten Praxis seinen Ansprüchen nicht gerecht wird,
- sich die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter/-innen verschlechtert haben,
- ein bedarfsgerechtes und flexibles Angebot wie Eltern es sich wünschen noch längst nicht zur Verfügung steht
- ein dringender Veränderungsbedarf besteht, der nicht erst nach der im Gesetz im Jahr 2011 vorgesehenen Revision berücksichtigt werden sollte. Vier Aspekte stehen dabei im Vordergrund:

1. Arbeitsbedingungen

Bei knapp der Hälfte der Beschäftigten war die Umstellung auf KiBiz mit Veränderungen des Beschäftigungsverhältnisses bzw. Arbeitsvertrages verbunden, z. B. durch Befristung des Arbeitsvertrages, Reduzierung der Arbeitszeit oder Wechsel des Tarifs bzw. Verzicht auf Sonderzahlungen. In 22,1% der Fälle wurde angemerkt, dass Verwaltungstätigkeiten (z. B. Berichtswesen, Listenführung) zugenommen hätten. Arbeitsverträge wurden häufiger befristet (durchschnittlich 2,2 Fälle pro

Einrichtung gegenüber 1,8 Fällen vor KiBiz-Einführung). Mehr als die Hälfte der Befragten (56,7%) schätzt ihren Arbeitsplatz jetzt als weniger sicher ein.

2. Arbeitsbelastung

Viele pädagogische Mitarbeiter/-innen melden problematische Veränderungen und Belastungen in der täglichen Arbeit zurück, darunter häufiger anfallende Mehrarbeit (74,4%), erhöhten Zeitdruck (68,0%), weniger Zeit für Absprachen mit Kolleginnen/Kollegen (53,8%). Zwar ist die durchschnittliche Zahl der den Einrichtungen zur Verfügung stehenden Personalstunden mit Einführung des KiBiz nicht gesunken, sondern im Gegenteil um ca. 5% leicht gestiegen, aber die im KiBiz vorgesehenen gestiegenen Anforderungen (längere Öffnungszeiten, verstärkte Aufnahme von Kindern unter drei Jahren) konnten dadurch offenbar nur teilweise aufgefangen werden. Ein Drittel der Einrichtungsleitungen (36,3%) gab an, dass der Krankenstand in ihrer Einrichtung seit dem 1. August 2008 gestiegen sei. Gut die Hälfte (55,1%) beschrieben ihn als gleichbleibend, 5,7% als niedriger. Eine stärkere Belastung der Fach-

kräfte wird auch von der Mehrzahl der befragten Eltern (54,6%) wahrgenommen.

3. Weiterqualifizierung

KiBiz sieht vor, dass Ergänzungskräfte in Gruppen mit Kindern unter drei Jahren nicht mehr eingesetzt werden können, sofern sie sich nicht zur Fachkraft weiterqualifizieren. Erst ein Teil der Betroffenen wurde bisher von ihrem Träger zu einer solchen Weiterqualifizierung angeregt oder aufgefordert (41,3%), jede siebte der Betroffenen (14,2%) geht davon aus, dass sie ihre Arbeitstätigkeit aufgrund der in KiBiz beschriebenen Anforderungen beenden muss. Inzwischen wurde der Druck auf die Ergänzungskräfte durch eine Veränderung der Personalvereinbarung deutlich verringert.

4. Betreuungszeiten

Das KiBiz sieht vor, dass sich Eltern bei den Betreuungszeiten für ihr Kind für ein Jahr im Voraus festlegen. Knapp ein Viertel der befragten Eltern (23,1%) gibt jedoch an, dass sich ihr Betreuungsbedarf zwischen dem 1. August 2008 und dem Zeitpunkt



der Befragung (Februar 2009) geändert habe, knapp ein Fünftel (19,3%) meldet zurück, dass sich ihr Bedarf noch im laufenden Kindergartenjahr verändern werde: Ein beachtlicher Teil der Elternschaft benötigt mehr Flexibilität in den Betreuungszeiten, als KiBiz vorsieht.

Fachpolitische Diskussion tut not

Diese vier Problembereiche sollten möglichst umgehend mit Blick auf Änderungsmöglichkeiten fachpolitisch diskutiert und durch Folgebefragungen und weitere Untersuchungen in den nächsten Jahren überprüft werden. Das Forum Förderung von Kindern hat in diesem Sinne die Vorsitzenden der Jugendhilfeausschüsse und Leiter der Jugendämter in NRW über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung informiert und angeregt, die festgestellten Auswirkungen auch im Lichte der regionalen Erfahrungen zu überprüfen.

Bundesweite Expertise

Deutschlandweit gibt es in den Kindertageseinrichtungen zu wenig Personal, um die in den Bildungsplänen formulierten Ziele umzusetzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die im Mai 2009 gemeinsam vom Paritätischen Gesamtverband, dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Deutschland und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vorgestellt wurde.

Die Verbände warnen vor einem Bildungs- und Erziehernotstand und fordern Bund, Länder und Kommunen zu einer gemeinsamen „Qualitätsoffensive in den Kitas“ auf. „Qualität in Kindertageseinrichtungen steht und fällt mit

den Rahmenbedingungen. Insbesondere ein guter Betreuungsschlüssel ist das A und O für mehr Qualität in Kitas“, betont Cord Wellhausen, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes und Vorsitzender des Paritätischen NRW.

Expertise: Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung

Die von der Alice-Salomon-Hochschule Berlin erstellte Expertise kann auf der Internetseite des Paritätischen Gesamtverbandes kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden.

www.paritaet.org
(->Service ->Veröffentlichungen)



In-Gang-Setzer: Stützen für neue Selbsthilfegruppen

Aus Dänemark kam der Impuls, der Paritätische NRW entwickelte daraus ein bundesweites Projekt

Die Anfangsphase in einer Selbsthilfegruppe empfinden viele Menschen als eine Zeit der Unsicherheit. Den an Selbsthilfe Interessierten fehlen oft die kommunikativen Fähigkeiten, um eine neue Gruppe auf den Weg zu bringen. Für viele Interessierte stellt deshalb eine Startbegleitung eine große Ermutigung dar. Diese Unterstützung muss dem Gedanken der Selbsthilfe entsprechen und nachhaltig zur Selbsthilfe aktivieren. Aus Dänemark kam hierzu der Impuls der In-Gang-Setzer. Der Paritätische NRW hat bei seiner Selbsthilfe-Kontaktstelle im Kreis Steinfurt seit 2005 die Idee weiterentwickelt, darauf basiert ein bundesweites Projekt.

Neuer Weg der Unterstützung

„In-Gang-Setzer“ umschreibt ein methodisches Konzept zur Selbsthilfeunterstützung. Ausgangsthese: Mitglieder von Selbsthilfegruppen und mit Selbsthilfe vertraute Ehrenamtliche finden eine besondere, hilfreiche Akzeptanz bei den Menschen, die sich in einer Gruppe engagieren (möchten). In-Gang-Setzer erhöhen so die Chancen für ein stabiles Selbsthilfeengagement.

Die Herausforderung besteht darin, sich hilfreich in den Gruppenprozess einzubringen, ohne sich einzumischen und Potenziale zu verschütten. Die In-Gang-Setzer dürfen sich in keiner Weise in den themenbezogenen Austausch einbringen; Inputs zum Anliegen der Gruppe sind strikt verboten. Die inhaltliche Abstinenz ist Schutz für die In-Gang-Setzer wie für die Gruppen. Die In-Gang-Setzung muss den Boden bereiten für eine Gruppe, die nach einer zeitlich begrenzten Begleitung selbstständig ihren eigenen Weg geht. Für diese Aufgabe werden die In-Gang-Setzer geschult und regelmäßig begleitet.

Ermutigende Zwischenbilanz

In 2007/08 führten die – zu dem Zeitpunkt nur – acht Kontaktstellen insgesamt 66 In-Gang-Setzungen durch. 25 Gruppen hatten psychische Erkrankungen und Probleme zum Thema: Ängste, Panik, Depressionen, Trennung, Suizid. Überraschend groß war mit 14 Gruppen der Bereich der Angehörigen-Gruppen (Depression, Behinderte, Demenz). Möglicherweise besteht hier ein besonderer Unterstützungsbedarf, gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung.

Neue Gruppen kommen häufig nicht zustande, weil es an einer Person fehlt, die bereit ist, in der Anfangsphase die Initiative zu ergreifen bzw. Verantwortung zu übernehmen. Der Ansatz der meisten Kontaktstellen ist reaktiver Art: Nur wenn ein Initiator vorhanden ist, wird eine Gründung unterstützt. So kommt es vor, dass der eindeutige Wunsch vieler Betroffener nach einer Selbsthilfegruppe folgenlos bleibt. Hier eröffnet der Ansatz der In-Gang-Setzung neue Perspektiven.

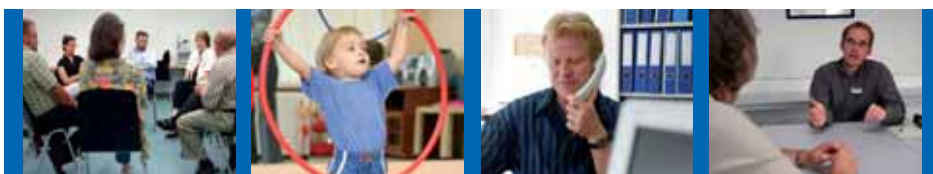
Ausblick

Das Projekt In-Gang-Setzer erfährt große, bundesweite Aufmerksamkeit, wie u. a. die Auszeichnung des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen für „vorbildliche Selbsthilfeförderung 2008“ deutlich macht. Die Kreativität des Projektes, neue Wege der Selbsthilfeunterstützung zu gehen, wurde als preiswürdig hervorgehoben.

Das Projekt läuft bis Ende 2010 und soll Antworten auf Fragen ermöglichen wie:

- Erweist sich die Methode als hilfreich für die Begleitung von Selbsthilfegruppen; wird sie von den an Selbsthilfe interessierten Menschen angenommen?
- Welche Themen eignen sich für eine In-Gang-Setzung?
- Kann dieser Ansatz zu einer Entlastung der Selbsthilfe-Kontaktstellen beitragen?
- Ist dies ein Weg, neuen Zielgruppen den Zugang zur Selbsthilfe zu erleichtern (Migrantinnen/Migranten, junge Menschen)?

Gegenwärtig ist der Ansatz eng mit den Kontaktstellen verbunden. Aufgrund von Anfragen von Selbsthilfeorganisationen wird geprüft, ob die Methode auch dort hilfreich sein kann. Gleiches gilt für die Frage, inwieweit dieses Vorgehen generell bei der Aktivierung von Bürgerengagement hilfreich sein kann.



In-Gang-Setzer

Zurzeit sind 22 Selbsthilfe-Kontaktstellen aus sechs Bundesländern am Projekt In-Gang-Setzer beteiligt, allein zehn aus NRW (Bielefeld, Detmold, Emsdetten, Gütersloh, Krefeld, Lünen, Minden, Moers, Paderborn, Recklinghausen). Träger des Projektes ist der Paritätische NRW, finanziert wird es von den Betriebskrankenkassen (BKK).

In-Gang-Setzer sind ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen der Kontaktstellen:

- Sie stehen zeitlich begrenzt den Gruppen in der Startphase zur Seite.

- Sie unterstützen die Teilnehmer/-innen dabei, als Gruppe zueinander zu finden und achten auf die Rahmenbedingungen.
- An der inhaltlichen Arbeit der Gruppe beteiligen sie sich nicht.

Die Kontaktstellen wählen die für eine In-Gang-Setzung infrage kommenden Gruppen aus und sind für Anwerbung sowie Begleitung der In-Gang-Setzer verantwortlich. Deren Schulung übernimmt die Projektleitung.

*„Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, andere Windmühlen.“
(China)*

Kontakt

Der Paritätische NRW
Andreas Greiwe
Fachberater Selbsthilfe -Kontaktstellen
☎ (0 25 72) 95 35 66
andreas.greiwe@paritaet-nrw.org

Neue Perspektive mit JobPerspektive?!

Bereits über 700 neue Stellen in unterschiedlichen Arbeitsbereichen der sozialen Arbeit konnten Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Nordrhein-Westfalen besetzen

Langen haben die arbeitsmarktpolitischen Akteure auch im Paritätischen in NRW die Möglichkeiten einer dauerhaften Förderung von besonders benachteiligten Menschen am Arbeitsmarkt gefordert. Am 1. Oktober 2007 wurde das Förderinstrument JobPerspektive in das Sozialgesetzbuch II aufgenommen und damit der bisher einzige Förderansatz in Deutschland geschaffen, um dieses Anliegen zu verwirklichen.

Arbeitsplätze neu einrichten

Zielgruppe des Programms JobPerspektive sind Menschen, die langzeitarbeitslos sind und über mindestens zwei weitere Vermittlungshemmnisse am Arbeitsmarkt verfügen. Zudem ist Voraussetzung, dass eine berufliche Eingliederung innerhalb der nächsten 24 Monate auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht möglich erscheint. Die Bedingung zur Einrichtung einer Stelle ist dabei nicht die Zusätzlichkeit und das öffentliche Interesse, wie es bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Maßstab stand, sondern ein neu eingerichteter Arbeitsplatz, vorrangig in einfachen unterstützenden Tätigkeiten beim sozialen Träger. Aber auch jedes Wirtschaftsunternehmen kann am Programm teilnehmen. Die Förderung beträgt bis zu 75% des Arbeitslohnes, zunächst für zwei Jahre und dann dauerhaft.

Mitglieder schaffen 700 Stellen

Klotzen statt Kleckern war die Devise der Bundesregierung. Innerhalb von drei Jahren sollten in NRW 20 000 Stellen geschaf-

fen werden. Hiervon ist man heute mit aktuell circa 7 500 Stellen noch weit entfernt. Trotzdem zeigen sich die Vorzüge eines derartigen Förderinstrumentes sowohl für die benachteiligten Arbeitslosen als auch die partizipierenden Arbeitgeber. Bereits über 700 Mitarbeiter/-innen aus dem Programm JobPerspektive sind bei Mitgliedsorganisationen des Paritätischen NRW in Arbeit. Die Aufgabenfelder sind vielfältig und spannend, wie auch das Beispiel der Gesellschaft freie Sozialarbeit zeigt (siehe Seite 8-9).

Weiterentwicklung gefordert

Aktuell bringen leere Haushaltskassen der Arbeitsgemeinschaften nach SGB II und optierenden Trägern das Programm ein wenig ins Stocken. Auch ist die Nutzung und Auslegung der Rechtsgrundlagen des Instrumentes bei den SGB-II-Kostenträgern unterschiedlich. Gegenüber der Bundesregierung fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband einige Schritte, um die Nutzung und Qualität des Instrumentes noch zu verbessern. Neben den Fördermitteln des Integrationstopfes im SGB II sollten auch die beim Einzelnen dann eingesparten Mittel zum Lebensunterhalt (Arbeitslosengeld 2) in die Finanzierung eingebracht werden. Hierdurch würden sich die zur Verfügung stehenden Mittel für das Instrument wesentlich erhöhen. Die Unterstützung und Betreuung der Mitarbeiter/-innen aus der JobPerspektive und der Arbeitgeber könnte bei Bedarf von



Foto: Lebenshilfe Heinsberg

geschulten Fachdiensten von außen erfolgen (z. B. wie bei Integrationsfachdiensten). Die Auswahl der geförderten Mitarbeiter/-innen könnte durch die im Gemeinwohl Projekt entwickelten Instrumente verbessert werden (www.gemeinwohlarbeit.org).

Träger zur Teilnahme aufgerufen

Der Paritätische NRW hält die Umsetzung eines dauerhaft subventionierten Arbeitsmarktinstrumentes auch in Zukunft für dringend notwendig. Langjährige politische Aktivitäten ein derartiges Instrument zu implementieren, dürfen nicht zurückgefahren werden. Trotz einer bereits guten Zahl von eingestellten Mitarbeiter/-innen sind paritätische Träger auch weiterhin aufgerufen, das Instrument aktiv zu nutzen und der Zielgruppe der besonders am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen eine Chance zu geben; aber auch das eigene Angebot sozialer Dienstleistungen mit diesen Personen zu verbessern und eventuell zu erweitern. Die JobPerspektive kann zum Beispiel eine Alternative für fehlende Zivildienstleistende sein.

Informationen für Mitgliedsorganisationen

Träger, die Interessen an einer Einstellung von Mitarbeiter/-innen nach dem Programm JobPerspektive haben, wenden sich an den zuständigen Träger des SGB II in der Region. Informationen zum Förderprogramm geben auch die Fachberater der Fachgruppe Arbeit im Paritätischen NRW. Einen Überblick über die zum Teil recht unterschiedliche Umsetzung in den

Regionen ebenso wie eine von der Bundesagentur verfasste Arbeitshilfe zum § 16 e (früher § 16 a) und weitere Details zum Programm finden Mitgliedsorganisationen des Paritätischen NRW zudem gebündelt im Extranet.

www.extranet.paritaet-nrw.org
(-> Finanzierung -> Förderstrukturen
-> Bund -> SGB II -> JobPerspektiven)

Kontakt

Der Paritätische NRW
Thomas Tenambergen
Fachberatung Arbeit/Europa
☎ (0 25 72) 8 20 23
tenambergen@paritaet-nrw.org



Fotos: Christian Donner

Svetlana Popovits an ihrem Arbeitsplatz – zusammen mit Geschäftsführer Frank Köhler.

Vom Abstellgleis ins Arbeitsleben

Mithilfe des Programms JobPerspektive konnte die GfS sieben neue Arbeitsplätze schaffen

Geringe Qualifikation, eine Behinderung oder zu alt – die Gründe, um auf dem Arbeitsmarkt als schwer vermittelbar zu gelten, sind vielfältig. Schnell geraten Betroffene aufs Abstellgleis und haben es schwer, wieder Anschluss zu finden. Das Programm JobPerspektive ist für diese Menschen eine Chance ins Arbeitsleben zurückzukehren, wie das Beispiel der Gesellschaft freie Sozialarbeit e.V. (GFS), einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen in Herne, zeigt.

Svetlana Popovits ist glücklich: „Ich bin endlich angekommen in Deutschland – ich fühle mich zu Hause“, lacht die 43-jährige, als sie über ihre Arbeit bei der Gesellschaft freie Sozialarbeit (GFS) spricht. Im Jahr 2005 ist sie aus Russland nach Deutschland gekommen und hatte keine Chance, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ihr Problem: Sie sprach und verstand kaum Deutsch. Die Perspektiven sahen schlecht aus. 2006 hat sie dann bei der GFS begonnen im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (landläufig Ein-Euro-Job). Hier konnte und musste sie täglich Deutsch sprechen üben.

Dauerhafter Arbeitsplatz geschaffen

Inzwischen hat die Migrantin durch das Programm JobPerspektive ein hoffentlich dauerhaftes Tätigkeitsfeld gefunden. Sie ist mitverantwortlich für einen kleinen

Kiosk und versorgt bei der GFS die Mitarbeiter/-innen mit frischen belegten Brötchen, Snacks und Getränken. Der Arbeitsplatz hilft ihr, sich in Deutschland besser zurecht zu finden. Sie trete deutlich selbstbewusster auf, sagt sie und ergänzt augenzwinkernd in gutem Deutsch: „Den Job gebe ich nicht mehr her.“

Unterstützung für Arbeitgeber

Für Frank Köhler, Geschäftsführer bei der GFS, ist Svetlana Popovits ein gutes Beispiel dafür, dass das Programm JobPerspektive seit der Einführung im letzten Jahr erfolgreich angelaufen ist. Und sie ist kein Einzelfall. „Wir konnten sieben Stellen schaffen, die von uns allein nicht zu finanzieren gewesen wären.“ Das Programm ist ein wichtiger neuer Baustein für die GFS, schwer vermittelbare Arbeitssuchende in eine feste Beschäftigung zu

bringen. „Für uns als Arbeitgeber“, sagt Frank Köhler, „ist es nun möglich, Stellen zu schaffen, die ohne das Programm nicht rentabel wären. Ohne die sehr gute Zusammenarbeit mit der ARGE in Herne und die Finanzmittel vom Land Nordrhein-Westfalen wären diese Arbeitsplätze nicht entstanden.“

GFS besteht seit 1978

Die Gesellschaft freie Sozialarbeit besteht in Herne seit mehr als 30 Jahren. Sie versteht sich als Dienstleister für benachteiligte Menschen. Köhler: „Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Beratung von Arbeitslosen, Menschen mit Behinderung, Jugendlichen sowie Flüchtlingen und Migranten.“ Ein besonderer Fokus liegt auf der Beschäftigung und Qualifikation von benachteiligten Personen, mit dem Ziel ihnen die Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt zu erhalten. Beispiels-

weise durch die Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte „Brockenhaus I“, „Brockenhaus II“ und die Radstation bietet sich für Menschen aus der Region für einen befristeten Zeitraum die Möglichkeit, sich im Arbeitsalltag zu beweisen und wichtige Erfahrungen zu sammeln.

Arbeitsgelegenheit als Einstieg

Das „Brockenhaus I“ ist ein Secondhand Warenhaus, in dem Möbel und Hausrat für kleines Geld verkauft werden. Die dort Beschäftigten holen kostenlos gut erhaltene gebrauchte Möbel ab, führen Haushaltsauflösungen durch und setzen Möbel und Hausrat wieder instand. Auch Michaela Bahr verdankt dem Programm „JobPerspektive“ ihren Arbeitsplatz. Sie arbeitet als Verkäuferin im „Brockenhaus II“ in der Fußgängerzone von Wanne-Eickel. In diesem Geschäft werden in erster Linie gebrauchte Kleidungsstücke und kleinere Haushaltswaren zu einem fairen Preis angeboten. Auch die 44-jährige Michaela Bahr hat zunächst im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung angefangen und ist froh, jetzt jeden Tag acht Stunden im Laden zu stehen: „Die Arbeit ist abwechslungsreich und es macht mir vor allem großen Spaß viel mit Menschen zu tun zu haben.“ Im „Brockenhaus II“ erlernt und übernimmt Michaela Bahr auch organisatorische Aufgaben wie die Erstellung von Schichtplänen, die Kontrolle von Arbeitszeiten und fungiert unter professioneller Anleitung von Sozialarbeitern als Schnittstelle zwischen Drogenhilfe und den im „Brockenhaus II“ beschäftigten Suchtmittelkranken. Zwei Jahre gilt ihr Vertrag – was danach kommt, hängt auch von den zukünftigen Fördermöglichkeiten und Zuschüssen ab.

Nachhaltig mit Leben füllen

Frank Köhler: „Das Projekt ist ohne Frage gut angelaufen – nun gilt es, es auch nachhaltig mit Leben zu füllen. Die Perspektiven, die den Menschen durch das Programm gegeben werden, dürfen kein

Strohfeuer sein.“ Wenn das Programm weiter gefördert wird, ist der Geschäftsführer zuversichtlich, in Zukunft Stellen, wie die von Paul Klimmek erhalten zu können. Der 56-jährige erzählt gerne von seiner Arbeit in der Radstation am Hauptbahnhof Wanne-Eickel. Stolz zählt er das Serviceangebot für die Radler auf: „Wir bewachen, verleihen, warten und pflegen Fahrräder in unserer Station – und das

zu günstigen Preisen. Größere Reparaturen werden in Kooperation mit einem Fachhändler erledigt. Für die Organisation bin ich mitverantwortlich.“ Auch Paul Klimmek hatte zuvor eine Arbeitsgelegenheit, fühlt sich nun aber sichtlich wohl bei seiner neuen Tätigkeit: „Es freut mich, wenn morgens der Wecker klingelt.“

Christian Donner, Wickede (Ruhr)



Vor dem „Brockenhaus“ (von links): Svetlana Popovits, Paul Klimmek, Frank Köhler und Michaela Bahr



Gesellschaft freie Sozialarbeit e.V. (GFS)

Seit mehr als 30 Jahren ist die Gesellschaft freie Sozialarbeit als Dienstleister für benachteiligte Menschen in Herne tätig. Die Mitgliedsorganisation des Paritätischen berät arbeitslose Personen, Menschen mit Behinderungen, Jugendliche sowie Flüchtlinge und Migrantinnen/Migranten. Über verschiedene Projekte bietet sie Menschen die Möglichkeit der Beschäftigung und Qualifizierung.



Kontakt

Gesellschaft freie Sozialarbeit e.V. (GFS)
Corneliusstraße 19, 44653 Herne
☎ (0 23 25) 95 92 -0
FAX (0 23 25) 95 92 10
www.gfs-ev.de

Das neue Wohn- und Teilhabegesetz

Lernfeld zwischen Kontrolle und Kooperation

Das WTG ist ein lernendes Gesetz“, betont NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann, wenn er das neue „Wohn- und Teilhabegesetz NRW“ (WTG) vorstellt. Seit dem 10. Dezember 2008 ist das Gesetz nun in Kraft, begleitet von vielen offenen Fragen und Unsicherheiten bahnt es sich seinen Weg durch die örtlich zuständigen Behörden, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und nicht zuletzt durch die Dienste und Einrichtungen in der Pflege sowie in der Hilfe für Menschen mit Behinderungen.

Entbürokratisierung konterkariert?

Aus der Lerntheorie wissen wir, dass es sich beim Lernen um einen hochkomplexen Vorgang handelt und Lernerfolg vor allem durch Motivation bei allen Beteiligten erzielt wird. Die Grundlagen dafür sind gelegt, denn das WTG hat nicht nur den berechtigten Gedanken des „Verbraucherschutzes“ mit seinen notwendigen Durchgriffsrechten verankert. Die administrative Umsetzung ist „von Gesetz wegen“ durchaus an Kooperation und Konsens orientiert. Hierfür einige Beispiele: Früher war die Heimaufsicht eine „Pflichtaufgabe“ der Kreise und kreisfreien Städte, die im Land mit durchaus unterschiedlichen Grundhaltungen praktiziert wurde. Es gab keine einheitlichen Prüfkriterien. Die stationären Einrichtungen waren den Prüfbedingungen der Behörden nahezu

schutzlos ausgeliefert. Heute ist die Tätigkeit der örtlichen Behörde eine „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“. Einheitliche Prüfstandards und die Fachaufsicht durch die Bezirksregierungen und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) können zu einer kooperativen Zusammenarbeit beitragen. Der bisher vorgelegte „Einheitliche Prüfkatalog“ erweckt allerdings den Eindruck, dass die Bemühungen des Gesetzgebers zur Entbürokratisierung auf der Ebene der Prüfstandards konterkariert werden.

Orientierung an der Lebenswirklichkeit

„Rechtsvorschriften, die auf die Lebenswirklichkeit (...) Auswirkungen haben und Ermessen einräumen, sollen so angewandt werden, dass den Bewohnern (...) eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft möglich ist. Die Rechtsanwendung soll sich an den Maßstäben des Alltags eines häuslichen Lebens orientieren. Bei Verwaltungsentscheidungen ist darzulegen, wie der Gesichtspunkt der selbstbestimmten Teilhabe berücksichtigt wurde.“ Diese Bestimmung (§ 15 Abs. 1 WTG) ist eine einmalige Leitlinie für die Nutzung von Ermessensspielräumen, die zur Orientierung an der Lebenswirklichkeit verpflichtet. Das kann eine gute Chance für konzeptionelle Modelle und für neue Wohnformen sein.

Befreiung von den Anforderungen

„Die zuständige Behörde kann auf Antrag den Betreiber von den Anforderungen nach diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes teilweise befreien“ (§ 7 Abs. 5 WTG). Hier ist der Raum für einen konstruktiven Dialog mit den zuständigen Behörden besonders dann, wenn in neuen Wohnformen andere Lösungen gefunden werden müssen, als sie im Gesetz oder seinen Ausführungsbestimmungen vorgesehen sind. Im Zweifel kann die Fachaufsicht der Behörde zurate gezogen werden.

Koordinationsaufgabe vor Ort

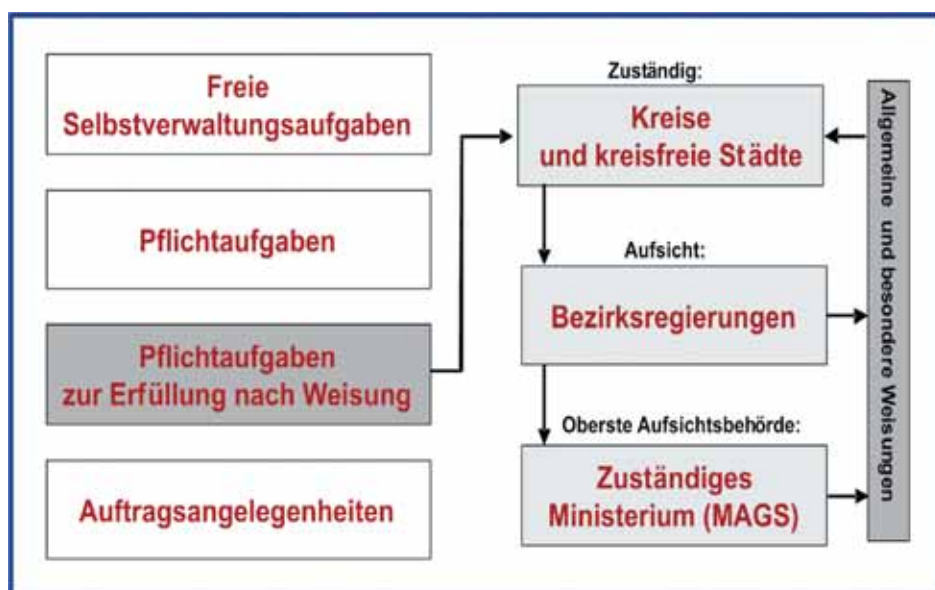
Die koordinierende Funktion beim Vollzug aller (!) Rechtsvorschriften, die in Betreuungseinrichtungen angewandt werden (§ 15 Abs. 2 WTG) ist (sofern sie funktioniert) ein wichtiger Schritt, um Doppelprüfungen und unterschiedliche Rechtsauffassungen verschiedener Ämter in einem Einzugsbereich zu vermeiden. Für die zuständigen Behörden dürfte dies in der Praxis wohl die größte Herausforderung sein, denn die behördlichen Koordinationserfolge sind bislang häufig noch unterentwickelt.

Gemeinsame Lösungen finden

§ 17 Abs. 2 des WTG sieht eine Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene vor, in der die Zusammenarbeit aller Beteiligten geregelt ist. Diese Arbeitsgemeinschaft könnte den „Lernprozess“ fachlich begleiten, wenn sie arbeitsfähig organisiert wird. Wer fachliche Qualität, Verbraucherschutz und Entbürokratisierung in einer pragmatischen Form zusammenbringen will, braucht hierfür funktionierende Instrumente.

Fazit

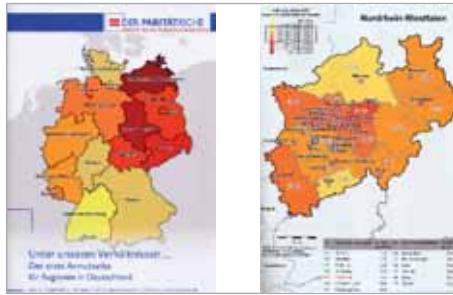
Mehr Teilhabe, weniger Bürokratie ist der Grundgedanke des Gesetzes. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Nun kommt es darauf an, dass sich alle Beteiligten in der Praxis von dieser Idee leiten lassen. Kooperation und Kontrolle schließen einander nicht aus, wenn alle Seiten die Betreuungsqualität im Auge haben.



Ernst-Wilhelm Rahe, Minden-Lübbecke



v. l. Ulrich Schneider, Karl-Josef Laumann



Kinderregelsätze: Erhöhung um bis zu 36 Prozent gefordert

Anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem nordrhein-westfälischen Sozialministerium am 22. Juni 2009 unterstützte der Paritätische die Forderung des Sozialministers Karl-Josef Laumann nach einer sofortigen Neubemessung der Kinderregelsätze und forderte eine Anhebung der Hartz-IV-Sätze für Kinder und Jugendliche je nach Altersstufe um bis zu 36 Prozent. „Es ist gut zu wissen, dass der Paritätische und das Land NRW in der Frage der Kinderregelsätze nicht nur an einem Strang, sondern auch in die gleiche Richtung ziehen“, betonte Cord Wellhausen, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes und Vorsitzender des Landesverbandes NRW.

Die zum 1. Juli in Kraft getretene Anhebung des Regelsatzes für Schulkinder zwischen sechs und 14 Jahren um 40 Euro sei ein richtiger, aber nur unzureichender Schritt. Nach Berechnungen des Paritätischen müssten die Regelsätze je nach Altersgruppe um bis zu 36 Prozent angehoben werden. Insbesondere der Regelsatz für die 6 bis unter 14-Jährigen sei viel zu niedrig und liege um 89 Euro pro Monat unter dem tatsächlichen Bedarf. „Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung zwei Millionen Kinder und ihre Familien in ihrer Armut im Stich lässt und bis 2011 vertröset“, kritisierte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Es sei Ausdruck von Gleichgültigkeit, wenn mit der Neubemessung der Kinderregelsätze bis zum Vorliegen der Auswertungsergebnisse der aktuellen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in zwei Jahren gewartet wird. Zudem fordert der Paritätische einen Runden Tisch zwischen Bund und Ländern zur Schaffung der notwendigen Infrastruktur für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

www.paritaet.org



„Ein neues Kapitel der Armutsberichterstattung“

Deutschland ist hinsichtlich der Armutsentwicklung ein zutiefst zerrissenes Land. Ganze Regionen drohen in einen Teufelskreis der Verarmung zu geraten. Dies geht aus dem „Ersten Armutsatlas für Regionen in Deutschland“ hervor, den der Paritätische Gesamtverband im Mai 2009 vorstellte. Bei einer bundesweit durchschnittlichen Armutsquote von 14,3 Prozent reichen die in dem Atlas erstmals veröffentlichten regionalen Armutsquoten von 7,4 Prozent im Schwarzwald bis zu 27 Prozent in Vorpommern.

Mit diesem Atlas wird ein neues Kapitel der Armutsberichterstattung aufgeschlagen. „Die regionale Betrachtung der Armut führt uns erstmals vor Augen, dass Deutschland nicht nur sozial, sondern auch regional ein tief zerrissenes Land ist“, bilanziert Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. „Wir haben uns viel zu lange durch bundesweite Durchschnittsquoten blenden lassen. Der Mensch lebt aber in der Region, nicht im Durchschnitt.“

Nordrhein-Westfalen begründet sich mit einer Armutsquote von 14,6 Prozent im unteren Mittelfeld (Deutschlanddurchschnitt), im Vergleich mit Westdeutschland im unteren Drittel. Insgesamt lebt etwa jeder siebte Bürger in NRW unterhalb der Armutsschwelle. Generell zeigen sich in den alten industriellen Kernen die höchsten Quoten. So weist die Raumordnungsregion Dortmund eine Quote von 18 Prozent auf, Duisburg, Essen und Emscher-Lippe 16 bis 17 Prozent. Die niedrigsten Werte (12 Prozent und weniger) finden sich im Münsterland und der Region um Bonn. Der Armutsatlas sowie ergänzende Statistiken sind im Internet veröffentlicht. Exemplare bestellen können Sie unter: Telefon (02 02) 28 22 -490 oder per E-Mail s. unten.

www.armutsatlas.de
presse@paritaet-nrw.org



Regionalkonferenz „Das Persönliche Budget bewegt?!“

Die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets stellen alle Beteiligten vor neue Herausforderungen. Die Vortragenden und Teilnehmenden der Regionalkonferenz „Das Persönliche Budget bewegt?!“ am 16. Juni 2009 in Mülheim an der Ruhr untersuchten Chancen und Aufgaben dieser neuen Leistungsform.

Dazu wurden im Programmablauf drei zentrale Perspektiven eingenommen:

- der Stand der Umsetzung aus Sicht der Leistungsträger
- der Stand der Umsetzung an Beispielen von Budgetnehmerinnen und Budgetnehmern sowie von Leistungsanbietern
- der Versuch, Strategien zu beschreiben, die bewegungsfördernd wirken können ohne gleichzeitig neue Probleme zu erzeugen.

Das Persönliche Budget sei ein tolles Instrument, stellte Ullrich Kinstner vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW in seiner Bestandsaufnahme fest. Es sei die konsequente Umsetzung des emanzipatorischen Ansatzes in der Behindertenpolitik. Umso bedauerlicher sei, dass von rund 106 000 Anspruchsberechtigten in NRW bislang nur 300 ein Persönliches Budget beantragt und erhalten hätten. Den Ursachen dafür nachzugehen, diene auch die Regionalkonferenz in Mülheim an der Ruhr.

Veranstaltet wurde die Regionalkonferenz vom Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen Gesamtverbandes in Kooperation mit dem Paritätischen NRW und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Tagungsunterlagen können im Internet kostenlos abgerufen werden.

www.budget.paritaet.org
(Rubrik Veranstaltungen)





Denkanstöße V: Ganztags unterwegs ...

Ganztags unterwegs ... Jugendhilfe und „Schule in neuen Bildungslandschaften“, so lautet der Titel der neu erschienenen Denkanstöße V. Die Arbeitshilfe des Paritätischen Nordrhein-Westfalen bietet Beiträge zur Sicherung und Entwicklung von Qualität im Rahmen der Kooperationen in Angeboten der offenen und gebundenen Ganztagschule.

Der fünfte Band in der Reihe Denkanstöße gewinnt seinen ganz besonderen Charakter aus dem Widerstreit zwischen den erkennbaren Vorzügen des Konzepts der Offenen Ganztagschule (OGS) als Kooperation schulischer und außerschulischer Bildungspartner und den aktuellen Hindernissen, die einem guten Ausbau im Weg stehen: Viele Fragen sind noch zu stellen und die Antworten können nicht immer gleich mitgeliefert werden. Auch die neu zu findende Rolle der Jugendhilfe ist in vielen Fällen noch nicht eindeutig bestimmt. Zum bloßen Mitmachen in der OGS aber – das wird in vielen Beiträgen überdeutlich – sind die Fachleute nicht bereit.

Fest steht jedoch: Die sich entwickelnde Bildungslandschaft kann auf kritische Begleitung und fundierte Beiträge der Mitgliedsorganisationen im Paritätischen NRW zählen, wie diese Arbeitshilfe zeigt.

Die Schutzgebühr für die Broschüre mit 130 Seiten beträgt 7,00 Euro (für Mitgliedsorganisationen 5,50 Euro) zzgl. Versandkosten.

Marion Gebauer
Fachgruppe Kinder, Jugend,
Frauen und Migration
☎ (0202) 28 22 -323
marion.gebauer@paritaet-nrw.org



PariFit gestartet: Gesund bleiben im Paritätischen!

Kreuz- und Rückenschmerzen, Nacken- und Schulterschmerzen oder Belastung durch Stress. Auch die Belegschaft des Paritätischen NRW bleibt von den „typischen Bürokrankheiten“ nicht verschont, wie eine Anfang 2009 durchgeführte Mitarbeiter/-innen-Befragung zeigt. Mit der Durchführung der Befragung beauftragt wurde die PQ GmbH - Paritätische Gesellschaft für Qualität und Management.

Nun hat die Landesgeschäftsführung erste Konsequenzen gezogen und ein Programm zur betrieblichen Gesundheitsförderung auf den Weg gebracht. Ein Element ist das Projekt PariFit. Dabei soll es nicht – wie der Name nahelegen könnte – allein um Fitness oder gar sportliche (Hoch-)Leistungen gehen. Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen im Rahmen der Möglichkeiten so zu gestalten, dass sich (unvermeidbare) Belastungen nicht gesundheitsgefährdend auswirken und alle Mitarbeiter/-innen ihrerseits verantwortlich zum Erhalt ihrer Gesundheit beitragen.

Mitarbeiter/-innen des Paritätischen können ab sofort einen steuerfreien Arbeitgeberzuschuss zu Maßnahmen der Gesundheitsförderung erhalten. Voraussetzung dafür ist, dass sie die Teilnahme an einem Kursangebot entsprechend § 20 a SGB V nachweisen. Dazu gehören Kurse aus den Bereichen Bewegung, Ernährung, Suchtentwöhnung und Stressbewältigung, wie z. B. Rückenschule, Yoga, Pilates, Ernährungsberatung, Raucherentwöhnung, Entspannungstechniken etc. Entsprechende Kurse werden von vielen Instituten überall im Land angeboten, der Verband hat hier erste Rahmenverträge abgeschlossen.

Johannes Janßen, Personalleiter
☎ (0202) 2822-370
janssen@paritaet-nrw.org



Bildungsnetz Parität sichert Pluralität der Anbieter

Die Vielzahl von Bildungsanbietern verdankt das Land NRW unter anderem seiner Verfassung, die sich ausdrücklich für die Pluralität der Anbieter und Angebote sowie für die Autonomie der freien Träger der Weiter- und Familienbildung ausspricht. Um auch sogenannte „bildungsferne“ Schichten zu erreichen und das „Jedermann-Recht“ auf Weiterbildung umzusetzen, bedarf es der Kooperation mit Anbietern, die vor Ort mit den entsprechenden Zielgruppen praxisnah arbeiten. Diese Kooperation ermöglicht das Bildungsnetz Parität.

Zwischenzeitlich gab es vonseiten der Bezirksregierung Düsseldorf und des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe Zweifel, ob die Art der Kooperation, die das Paritätische Bildungswerk (PBW) mit seinen Mitveranstaltern eingeht, wirklich förderfähig im Sinne des Weiterbildungsgesetzes sei. Nach Ansicht der Behörden seien das Paritätische Bildungswerk bzw. das Paritätische Familienbildungswerk nicht „Herr des Verfahrens“ und könnten damit auch keine Zuschüsse gemäß § 16 WbG NRW für diese Angebote erhalten. Ein vom PBW in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten widerlegt diese Bedenken eindeutig.

Das Interesse der Landesgesetzgebung besteht zum einen darin, dass Ordnung und Übersichtlichkeit der Weiterbildungsangebote und –anbieter gewährleistet, zum anderen aber auch deren Autonomie und Pluralität gewahrt bleiben. Das PBW leistet hier wichtige Arbeit und dokumentiert dies mit dem eigenen Qualitätsanspruch an seine und die Arbeit seiner Kooperationspartner durch Einführung eines Qualitätsmanagements und die Gründung des Paritätischen Qualitätsverbundes Weiterbildung.

www.bildungsnetz.paritaet-nrw.org

„Die Prüfenden profitieren ebenso wie die Geprüften“

Paritätische Audits wurden von der Qualitätsgemeinschaft in Eigenregie entwickelt

FORUM sprach mit Alexandra Raub (Mitglied im Qualitätssausschuss der Paritätischen Qualitätsgemeinschaft® Vollstationäre Pflege und Heimleiterin Senioren-Wohnheim Brühl gemeinnützige GmbH) und Katharina Benner (Geschäftsführerin Paritätische Qualitätsgemeinschaft® Vollstationäre Pflege und Fachberaterin (teil-)stationäre Pflege beim Paritätischen NRW) über die Paritätischen Audits, die in diesem Jahr zum zweiten Mal durchgeführt werden.

FORUM: Was verbirgt sich konkret hinter den „Paritätischen Audits“?

Katharina Benner: Pflegedienstleitungen und Qualitätsmanagementbeauftragte aus 28 Mitgliedseinrichtungen auditieren sich gegenseitig. Dazu hat die Qualitätsgemeinschaft einen Fragenkatalog entwickelt, der alle gesetzlichen und weitere relevanten Anforderungen enthält. Zusätzlich werden jeweils drei Bewohner/-innen zu ihrer Zufriedenheit mit der Einrichtung befragt.

FORUM: Heimaufsicht und Medizinischer Dienst der Krankenkassen prüfen ohnehin, welchen Sinn macht eine weitere Prüfung?

Alexandra Raub:

Die Audits wurden bewusst als Ergänzung zu den gesetzlichen Prüfungen in Eigenregie entwickelt. Zum einen gehen die Standards über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus. Und zum anderen bietet die kollegiale Prüfung auf Augenhöhe einen deutlichen Mehrwert. Die Einrichtungen ermitteln ihre Stärken und Schwächen und gewinnen Erkennt-



nisse, um ihren Qualitätsverbesserungsprozess kontinuierlich fortzusetzen.

FORUM: Eine kollegiale Prüfung auf Augenhöhe: Bleiben da nicht Strenge und Verbindlichkeit auf der Strecke?

Katharina Benner:

Nein, denn den Paritätischen Audits liegt ein strenges Bewertungsschema zugrunde. Wenn bestimmte Grundvoraussetzungen nicht erfüllt oder eine gewisse Anzahl von Kriterien nicht erreicht werden, besteht eine Einrichtung das Audit nicht. Außerdem haben sich die Einrichtungen selbst verpflichtet, an den Audits teilzunehmen.

FORUM: So viel zur Theorie, wie sehen Ihre praktischen Erfahrungen mit dem Instrument aus?

Alexandra Raub: Unsere Erfahrung zeigt: Hier profitieren die Prüfenden ebenso wie die Geprüften. Ein wichtiges Anliegen der Audits besteht darin, dass Mitarbeiter/-innen der Einrichtungen voneinander lernen. Sie prüfen zwar eine andere Einrich-



tung, können dabei aber sofort die dortige Praxis mit der ihrer eigenen Einrichtung vergleichen.

Katharina Benner: Bereits im ersten Durchgang der Audits im Jahr 2005 wurden besonders gelungene Konzepte „entdeckt“ und allen Kollegialeinrichtungen vorgestellt. Zugleich hat sich gezeigt: Den Pflegedienstleitungen und Qualitätsmanagementbeauftragten bietet der Einsatz als Auditorin oder Auditor die Möglichkeit, sich in der Rolle der Prüfer/-innen zu üben, was wiederum die eigene Professionalisierung unterstützt.

FORUM: Stichwort Konkurrenz: Bestehen hier keine Bedenken sich gegenüber anderen Einrichtungen zu öffnen?

Alexandra Raub: Diese Besonderheit der vernetzten Überprüfung ist ein eigenes Qualitätsmerkmal der Gemeinschaft. Es setzt Vertrauen und den Willen zur Transparenz voraus. Dies haben sich die Einrichtungen im nunmehr siebenjährigen Bestehen der Qualitätsgemeinschaft durch gemeinsame Beratungen und Diskussionen erarbeitet. Da liegt der „paritätische Gedanke“ zugrunde: Nicht jeder muss das Rad neu erfinden, gemeinsam kommt man schneller und nicht zuletzt auch besser ans Ziel.



Paritätische Qualitätsgemeinschaft® Vollstationäre Pflege

Gesetzliche Anforderungen erfüllen, Qualität sichern und weiterentwickeln, die Zufriedenheit der Bewohner/-innen und Patientinnen/Patienten sowie deren Angehörige erhöhen – dies sind die Ziele der Qualitätsgemeinschaft Vollstationäre Pflege.

Kontakt

Katharina Benner
☎ (02 02) 28 22 - 186
benner@paritaet-nrw.org
www.q-gemeinschaft.paritaet-nrw.org

Die Mitglieder arbeiten in regionalen Arbeitsgruppen zusammen. Gemeinsame Entscheidungen werden im Qualitätsausschuss vorbereitet und in der Qualitätskonferenz getroffen.



Das Senioren-Wohnheim Brühl wird seit 1973 als gemeinnützige GmbH in Brühl geführt. Im Verbund der gemeinnützigen GmbH werden ca. 1 000 Seniorinnen und Senioren in allen Formen der Altenhilfe betreut.

Kontakt

Alexandra Raub
☎ (02232) 700-0
kontakt@seniorenwohnheim-bruehl.de
www.seniorenwohnheim-bruehl.de





Foto: celebrate your picture

Die Öcher Frönnde (v.li.: Willy Schöder, Maren Pidun, Annemarie Kother, Monika Lang) freuen sich über die Gratulation von Dr. Jörg Steinhausen (Vorstandsmitglied des KDA) und Prälat i.R. Rudolf Schmidt (Vorsitzender der Stiftung ProAlter, rechts im Bild).

Öcher Frönnde ausgezeichnet

Mit dem 1. Preis (10 000 Euro) des bundesweiten Wettbewerbs „Das hilfreiche Alter hilfreicher machen!“ wurde die Initiative Öcher Frönnde e. V. (Aachener Freunde) ausgezeichnet. Die Mitgliedsorganisation des Paritätischen NRW wird von Menschen getragen, die freiwillig umfangreiche Leistungen für hilfebedürftige ältere Menschen erbringen. Im Rahmen des Wettbewerbs der Stiftung Pro Alter wurde an acht Projekte ein Preisgeld von insgesamt 30 000 Euro vergeben. Die prämierten Projekte zeichnen

sich durch beispielhafte Hilfeleistungen von älteren Menschen für ältere Menschen aus. Insgesamt 153 Projekte haben an dem Wettbewerb teilgenommen, Schirmherrin ist Bundesministerin Ursula von der Leyen.

Die Stiftung ProAlter will durch Erfahrungen aus dem Wettbewerb und durch die Anregung zu intensiven Untersuchungen dabei helfen, diese Lücken zu schließen. In Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) wird sich die Stiftung für die Förderung weiterer Projekte einsetzen, bei denen das Engagement älterer Menschen für andere ältere Menschen im Mittelpunkt steht.

Dr. Jörg Steinhausen, Landesgeschäftsführer des Paritätischen NRW, ist seit dem Jahr 2007 Mitglied im Vorstand des KDA. Auf der jährlichen Mitgliederversammlung am 8. Oktober 2009 wurde er von den Kuratorinnen und Kuratoren für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Das KDA entwickelt seit über 45 Jahren Lösungskonzepte und Modelle für die Arbeit mit älteren Menschen und hilft, diese in der Praxis umzusetzen.

Arbeitsausschuss: Wechsel im Vorsitz



Neue Vorsitzende des Arbeitsausschusses Hilfen für Menschen mit Behinderung wird Susanne Seichter. In ihrer Sitzung am 15. September 2009 hat die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege dem Vorschlag von Dr. Jörg Steinhausen, Landesgeschäftsführer des Paritätischen NRW, zugestimmt und sie einstimmig zu seiner Nachfolgerin im Vorsitz des Arbeitsausschusses gewählt.

Susanne Seichter ist LAG-Koordinatorin im Paritätischen NRW und führt bereits seit Januar 1997 die Geschäfte des Ausschusses. Einen Schwerpunkt will sie in ihrer neuen Funktion auf die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen setzen.

Kontakt

Susanne Seichter | ☎ (02 02) 28 22 -412
seichter@paritaet-nrw.org

Einladung zum Tag des Paritätischen NRW am 13. November 2009 „Wir verändern. 60 Jahre Paritätischer in NRW“

PROGRAMM

10.00 Uhr

Fachveranstaltungen, Facharbeitskreise und Gremien

12.30 Uhr

Mittagsimbiss

14.00 Uhr

Eröffnung 31. Mitgliederversammlung des Paritätischen NRW

15.00 Uhr

Wir verändern. 60 Jahre Paritätischer in NRW
 Cord Wellhausen, Landesvorsitzender
 Begrüßung der 3 000sten Mitgliedsorganisation in NRW

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW

Engagement im Paritätischen
 10 Jahre Stiftung Gemeinsam Handeln

16.30 Uhr

Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahlen zum Vorstand



TAG DES PARITÄTISCHEN NRW

Auch im Jubiläumsjahr 2009 findet die Mitgliederversammlung im Rahmen eines Tages des Paritätischen statt:

**Freitag, 13. November 2009,
 Stadthalle Wuppertal, Johannisberg 40**

Der Vormittag ist Gesprächen zu aktuellen Themen und dem fachlichen Austausch in Gremien und Facharbeitskreisen vorbehalten.

Zu den Fachveranstaltungen in der Stadthalle (siehe rechte Spalte) sind auch externe Gäste herzlich willkommen. Einladungen zu den Facharbeitskreisen und Gremien wurden mit Hinweis zum jeweiligen Tagungsort bereits versandt. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

FACHVERANSTALTUNGEN

„Fast fünf Jahre Hartz IV – Bilanzierung aus verschiedenen Blickwinkeln“

Im Gespräch mit: Werner Hesse, Geschäftsführer Paritätischer Gesamtverband ■ Benedikt Siebenhaar, Gruppenleiter Arbeitspolitik MAGS NRW ■ Thomas Lenz, Geschäftsführer ARGE Wuppertal ■ Julian Beywl, Sprecher FAK Arbeit und Qualifizierung, Beiratsmitglied und Geschäftsführer ASH Sprungbrett

„UN-Behindertenrechtskonvention – Auswirkungen auf die Behindertenhilfe in NRW“

Im Gespräch mit: Dr. Leander Palleit, Deutsches Institut für Menschenrechte ■ Andreas Burkert, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW ■ N.N.

„Pflegeunternehmen zwischen Dienst am Menschen und marktgerechtem Handeln? Perspektiven der Pflege als moderne Sozialdienstleistung“

Im Gespräch mit: Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt, Dekan der Wirtschafts- und sozialpolitischen Fakultät der Universität Köln

Lauter Leute

Anni Domin, Marianne Jannig, Hiltraut Kochinke und **Albert Stockel** wurden für ihre besonderen Verdienste um die soziale Arbeit für die Deutsche Rheuma-Liga NRW Arbeitsgemeinschaft Rheine mit der Silbernen Ehrennadel des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW ausgezeichnet. Sie alle sind schon seit über zwanzig Jahren ehrenamtlich dort beschäftigt und leisten insbesondere mit ihren zehn Gymnastikgruppen, aber auch durch Vorträge, literarische Nachmittage und teilweise mehrwöchige Reisen einen erheblichen Beitrag zum Wohlbefinden der Mitglieder. Mit ihren umfangreichen Aktivitäten haben sie zu einem großen Anteil zum guten Klima in der Arbeitsge-

meinschaft beigetragen. Domin, Jannig und Kochinke engagieren sich seit zwanzig Jahren als ehrenamtliche Gruppenleiterinnen. Stockel betreut dem 1992 ehrenamtlich Gruppen der Deutschen Rheuma-Liga insbesondere auf Fahrten. Er organisiert bei anstehenden Fahrten einen Bus, führt diesen selbst und betreut die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Heidi Hartmann wurde für ihre besonderen Verdienste um die soziale Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Rheinisch-Westfälischen Elternkreise drogengefährdeter und -abhängiger Menschen mit der Silbernen Ehrennadel ausgezeichnet. Hartmann ist seit Gründung der Arbeits-

gemeinschaft vor 18 Jahren als ehrenamtliches Vorstandsmitglied tätig. Ferner betreut sie die Elternkreise im Sauerland und südlichen Ruhrgebiet.

Karl Josef Herbst hat für seine besonderen Verdienste um die soziale Arbeit in der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Ennepe-Ruhr/Hagen die Goldene Ehrennadel erhalten. Unter anderem als ehemaliger Vorstandsvorsitzender und Aufsichtsrat engagiert sich Herbst seit über 30 Jahren ehrenamtlich für die Lebenshilfe Stadt Hagen. Diese hat er unter anderem zum mitgliederstärksten Bereich der Lebenshilfe Ennepe-Ruhr/Hagen ausgebaut.

Neu im Paritätischen

34 Organisationen haben sich dem Paritätischen in folgenden Kreisgruppen angeschlossen:

BIELEFELD

- Kindergruppe Apfelstraße e. V. (Kindertagesstätte)

BONN

- MOSAIK e. V. (Betrieb einer Kneipp-Kindertagesstätte)
- Ost-West-Institut für Sozialmanagement e. V.
- Gemeinsam Leben – gemeinsam lernen – Verein zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen e. V.

DORTMUND

- Förderzentrum Lebenshilfe gemeinnützige GmbH (Ambulante Dienste für Kinder mit Behinderung/Entwicklungsverzögerung)
- Lebenshilfe Ambulante Dienste gemeinnützige GmbH (Familienunterstützung, Assistenz, Pflege)
- nado gemeinnützige GmbH (stationäre und teilstationäre medizinische Rehabilitation Suchtkranker)

DUISBURG

- Landesarbeitsgemeinschaft Lokale Medienarbeit NRW e. V. (Förderung der Medienarbeit im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich landesweit. Medienarbeit mit Kindern und Jugendlichen)

ENNEPE-RUHR-KREIS

- ProPat – Verein Angehöriger psychisch Kranker e. V.

ESSEN

- Lebenshilfe Essen Service GmbH (Unterstützung für Menschen mit geistigen Behinderungen)

EUSKIRCHEN

- Eu Log, Euskirchener Lager- und Logistikservice gemeinnützige GmbH
- Euskirchener Integrationsförderungsgesellschaft, gemeinnützige GmbH

GELSENKIRCHEN

- Förderverein für Krebsberatung und -hilfe in der Emscher-Lippe Region

KÖLN

- Seniorenwerk Rosenpark e. V. (Betreuung älterer, hilfebedürftiger Menschen)
- Jack in the Box, Verein für Entwicklung innovativer Modelle der Beschäftigungsförderung e. V.
- Die Mozartkugeln e. V. (Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, Tageseinrichtung für Kinder)
- Freinet-Pänz e. V. Träger der Ganztagsbetreuung an der Celestin-Freinet-Schule
- ComputerProjekt Köln – Verein für Medien, Bildung und Kultur e.V.
- BTZ Berufliche Bildung Köln GmbH
- Verein zur Förderung von frühkindlichen Sozialverhalten Wibbelstetz e. V.
- Dreckspatzen e. V. (Möglichkeiten zur Einrichtung von Eltern-Kind-Kreisen)
- Internationaler Verein für Frieden und Gerechtigkeit Pro Humanitate e. V.

LIPPE

- OPEN-LEARNING.NET e. V. (Lernen und Bildung)
- Waldkindergarten Lippe e. V.

MINDEN-LÜBBECKE

- Interdisziplinäre Frühförderung und Reha Sport e. V. (Integration behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder)
- Stiftung Heilpädagogisches Kinderhaus gemeinnützige GmbH

MÜNSTER

- Lern-Treff e. V. (Betreuung und Lernförderung)

OBERBERGISCHER KREIS

- Familienferienwerk Oberberg e. V. (Unterstützung von Familien, Jugend- und Kindergruppen sowie Trägern der Behinderten- und Obdachlosenhilfe)

OBERHAUSEN

- Elterninitiative Schlupfloch (Kindergarten)

RECKLINGHAUSEN

- Lebenshilfe Dorsten, gemeinnützige GmbH (Wohnangebote und Einrichtungen, Kindertagesstätten und Familienzentren, Frühförderstellen)

RHEIN-ERFT KREIS

- ParSozial – Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialdienste im Rhein-Erft-Kreis mbh

RHEIN-SIEG-KREIS

- Verein zur Förderung der Franziskus-Schule e. V. (Erziehung und Bildung, Förderung der Hilfe für Zivilbeschädigte und Menschen mit Behinderung)

STEINFURT

- Hofzwerge Dutum e. V. (Tageseinrichtung für Kinder)

WESEL

- Institut für soziale Innovation ISI e. V. c/o Zukunftswerkstatt therapie kreativ gemeinnützige GmbH

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., Loher Straße 7, 42283 Wuppertal, **TEL** (02 02) 28 22 - 0, **FAX** - 110 presse@paritaet-nrw.org | www.paritaet-nrw.org

Verantwortlich: Dr. Jörg Steinhausen, **TEL** - 425

Redaktion: Annette Ruwwe, **TEL** - 385
Marianne Thirok, Düsseldorf, **TEL** (02 11) 9 46 00 - 18

Gestaltung: Birgit Klewinghaus, **TEL** - 409

Druck und Vertrieb: Heider Druck GmbH, Paffrather Straße 102-116, 51465 Bergisch Gladbach **TEL** (0 22 02) 95 40 - 0

Fotos: Archiv/s. Quellenangabe

Jahresabonnement: 20,- Euro.
Für Mitgliedsorganisationen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Management in sozialen Einrichtungen 2009/2010

Der Zertifikatskurs für (angehende) Führungskräfte in sozialen Einrichtungen vermittelt an insgesamt 21 Tagen Managementkenntnisse und Führungsfähigkeiten wie:

- Personalführung,
- Betriebswirtschaft und Controlling,
- Qualitätsmanagement,
- Strategisches Management
- und Marketing.

Nr.: 21909 / Termin (Beginn): 11.11. – 13.11.2009 / Ort: Gelsenkirchen

Weitere Informationen erhalten Sie bei der zuständigen Bildungsreferentin Kordula Gützlage unter: 0521.964 06 67, guetzlag@paritaet-nrw.org

Zusatzausbildung zum/zur FachberaterIn für Psychotraumatologie

Die Zusatzausbildung wendet sich an berufliche Kräfte aller Arbeitsfelder, die in den Bereichen Traumaberatung bzw. mittel- und längerfristige psychosoziale Betreuung tätig sind. Sie erhalten fundierte Fachkenntnisse für die Arbeit mit psychisch traumatisierten Menschen und eine Unterstützung für das eigene Stressmanagement.

Nr.: 23905 / Termin (Beginn): 27.11. – 29.11.2009 / Ort: Wuppertal

Weitere Informationen erhalten Sie bei dem zuständigen Bildungsreferenten Rolf Sauer unter: 0202.409 26 32, sauer@paritaet-nrw.org

Sie können mit dem
BILDUNGSSCH~~EC~~K

NRW sparen!
www.bildungsscheck.nrw.de

Fordern Sie die ausführlichen Info-Broschüren an!

Wir verändern.
Bildung ist Zukunft.

Viele Wege führen zu uns...
Rufen Sie unsere kostenfreie Service-Nummer an:
0800 – 2 26 22 22 (montags bis samstags, 8.00 Uhr – 20.00 Uhr)

Besuchen Sie uns im Internet:
www.paritaetische-akademie.de und buchen Sie über das
Online-Formular oder per Mail an bildung@paritaet-nrw.org